



## Postgewerkschaft

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) gehört zwar zum DGB, ist aber keine Industriegewerkschaft wie IG Metall oder IG Chemie. Die DPG ist eine auf ein Unternehmen beschränkte Hausgewerkschaft. Die Unternehmensführung und die Gewerkschaftsführung arbeiten eng zusammen. Aus dem Postministerium geht kein wichtiger Erlaß in Personalangelegenheiten heraus, der nicht zuvor mit der Gewerkschaftsführung besprochen wurde. Der Wechsel von »Führungskräften« der Gewerkschaft in die Unternehmensleitung und umgekehrt geht nicht erst seit der SPD/FDP-Regierung problemlos von statten.

Die Mehrheit der Organisierten sind Beamte, die auch fast ausschließlich den Funktionärskörper stellen, wobei häufig untere und mittlere Führungskräfte auch die örtliche Gewerkschaftsführung stellen.

Die Postgewerkschaft schließt zwar mit dem Postminister Tarifverträge ab, aber in Wahrheit sind das weitgehend dieselben Tarifverträge, die zuvor zwischen der ÖTV und dem Innenminister ausgehandelt wurden. Dadurch also, daß das Postpersonal zum öffentlichen Dienst gehört und die öffentlichen Arbeitgeber, unabhängig von ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit, nur gemeinsam handeln, wenn es gegen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten geht, steht die sogenannte Tarifautonomie der Postgewerkschaft noch mehr als die anderer Gewerkschaften nur auf dem Papier.

Die Politik der DPG ist also seit eh und je darauf beschränkt zu versuchen, auf die Personalentscheidungen der Unternehmensleitung Einfluß zu nehmen, damit auf allen Ebenen, vom Hauptvorstand bis zur Amtsgruppe, vom Postministerium bis zum Postamt, der Kollege Gewerkschaftsfunktionär mit dem »Kollegen« Chef dessen Entscheidungen diskutieren und im Sinne der Kollegen beeinflussen kann.

Auf diese Weise etwas für die Kollegen rauszuholen, war früher möglich, wurde und wird aber im Laufe der letzten 10 Jahre immer schwieriger und ist heute fast unmöglich. Dies zeigt nicht nur die Entwicklung dieser Auseinandersetzung um den Schichtdienst, sondern ist auch die vielerorts gemachte Erfahrung der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Personalräte.

Die langjährigen positiven Erfahrungen aber mit dieser Politik haben entscheidenden Einfluß auf das Bewußtsein der Kollegen: Man ist als Postler in der DPG genauso wie man in der Krankenkasse ist. Man zahlt seinen Beitrag, wählt Vorstände und Personalräte, damit diese etwas herausholen.

In den letzten Jahren sind aber Veränderungen spürbar. Mit dem Einsetzen der verstärkten Rationalisierung im Post- und Fernmeldewesen, mit der Steigerung der Arbeitshetze, die mit den alten Rezepten offensichtlich nicht zu verhindern waren, haben die Kolleginnen und Kollegen ihrem Unmut häufiger dadurch Luft gemacht, daß sie bei den fälligen Neuwahlen so z. B. 1974 in allen Gewerkschaftsgremien häufiger als sonst Personen austauschten, ja sogar als »Linke« bezeichnete Kollegen wählten. Diese Entwicklung wurde aber auch dadurch begünstigt, daß viele der alten Gewerkschaftsfunktionäre, die z. T. seit Kriegsende dabei waren, aus Altersgründen ausschieden. Die sozialdemokratische Rechte auf betrieblicher Ebene war nicht organisiert, die übrigen Mitglieder des »Versicherungsvereins« sahen keine Notwendigkeit, Freizeit zu opfern, und so stießen die Linken häufig in ein Vakuum hinein.

Dem mußte die Gewerkschaftsführung Rechnung tragen. Sie versuchte, die Unwirksamkeit, aber gleichzeitig das Beibehalten der alten Politik zunächst dadurch zu verschleiern, daß sie radikale Sprüche machte und die neuen Funktionäre damit beschäftigte, ein neues Grundsatzprogramm zu diskutieren. Heraus kam dabei ein vergleichsweise fortschrittliches Programm, das zum damaligen Zeitpunkt wohl von der Masse der Mitglieder abgelehnt worden wäre, wenn sie es gelesen hätten.

Durch das weiterhin rigorose Vorgehen der Unternehmensleitung gegen die Kollegen verlor und verliert die DPG-Führung zunehmend an Ansehen bei den Mitgliedern, ohne daß diese selbst in das Geschehen eingreifen. Das bedeutet, daß die Gewerkschaftsführung auch von der Unternehmensleitung als Verhandlungspartner weniger als vorher für voll genommen wird.

## Ablauf der Auseinandersetzung um den Schichtdienst

Dieser Entwicklung gegenzusteuern wird in einigen Bezirken, speziell in Hessen, dadurch versucht, daß verstärkt mit erheblichen finanziellen Aufwendungen Schulungsarbeit betrieben wird, um die Mitglieder, vor allem aber die Funktionäre, wieder besser in den Griff zu bekommen.

Auf der anderen Seite besorgt die Gewerkschaftsführung das Geschäft der Unternehmensleitung. So wurde beispielsweise die uralte gewerkschaftliche Forderung nach Abschaffung des Schichtdienstes wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen, als mit der Firma UPS ein privater Konkurrent bei der Paketbeförderung auftauchte. Die Kollegen wurden von der Gewerkschaftsführung aufgefordert, durch harte Arbeit der Post die Marktanteile zurückzuerobern. Als Motiv für diese Handlungsweise wird erklärt, daß ein Arbeitsplatz bei der Post besser sei als der bei anderen Unternehmen.

Im Grunde genommen begann diese Auseinandersetzung 1953. Damals wurde nämlich mit einem Tarifvertrag die 1 1/2fache Anrechnung von Nachtarbeitsstunden **abgeschafft**. Als Ausgleich erhielten die Postler eine Zulage von 0,50 DM die Stunde für Nachtarbeit. Das war damals ein recht respektable Betrag. Diese Zulage wurde bis heute aber nur langsam und unwesentlich erhöht. Ende der 60er Jahre betrug sie 0,65 DM, heute sind es 0,75 DM.

Als Begründung für das Quasi-Einfrieren dieser Zulage wurde gesagt, daß es Ziel sei, die Schichtarbeit abzuschaffen, und erhöhte Zulagen die Schichtarbeit so lohnend machen würden, daß die Schichtarbeiter selbst gegen die Abschaffung auftreten würden.

Bis auf gelegentliche Rängeleien in Funktionärskreisen um diese Zulage war es aber um die Schichtarbeit ruhig geworden, ja es gelang sogar, den Anteil der Schichtarbeit zu senken, was beim Auftauchen privater Konkurrenz mit Billigung der Gewerkschaftsführung aber wieder zurückgenommen wurde.

## Inhaltsverzeichnis

Der Arbeitskampf bei der Post .....	1
Kritische Anmerkungen zu Tarnows Referat .....	6
Kommentar zum irakisch-iranischen Krieg .....	9
Die Etappen des Kampfes bei Lip .....	12
<b>Zur Diskussion über . . .</b>	
Die weltpolitische Entwicklung (Kritik an der Arpo 5/80)	15
Eine Erwiderung daraufhin .....	17
<b>Arbeiterkorrespondenzen</b>	
Kölner SPD-Druckerei geschlossen .....	21
Betriebsbesetzung bei den Enka-Werken, Kassel .....	23
Betriebsbesetzung bei den Pongs-Werken, Aachen ....	24
Rekrutenvereidigung in Bonn .....	25
Solidarität mit der »Solidarität« .....	27

Dieser Ausgabe liegt eine achtseitige **Bellage zum Streik der Reichsbahnarbeiter in West-Berlin** bei. Sie war als Vorabdruck einer nicht mehr fertig gewordenen Arpo 9/80 im November 1980 in West-Berlin verteilt worden.

In der Arpo 8/1980 ist uns auf Seite 4 in der linken Spalte ein sinnentstellender Fehler unterlaufen. Richtig heißt es: Der Anteil der Arbeiterklasse lag »1946 noch bei knapp 10 %«.

**Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.**

## Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
Günter Kuhlmann · Herstellung und Vertrieb:  
GfSA · Gesellschaft zur Förderung des Studiums  
der Arbeiterbewegung e.V.  
Postfach 1502 47 · 2800 Bremen 15

In der 2. Hälfte der 70er Jahre mußte die DPG-Führung wie alle anderen Gewerkschaften die Erfahrung machen, daß die miesen Lohnabschlüsse den Mitgliedern kaum noch zu verkaufen waren. Andererseits merkten die Kollegen, nicht zuletzt an den Arbeitslosenzahlen, daß die Erfolge der Rationalisierung ausschließlich dem Unternehmer zugute kamen. Im ganzen DGB entstand damals das Schlagwort von den »qualitativen Forderungen«, die die »quantitativen Forderungen« ablösen sollten. D. h., daß die Gewerkschaftsführungen den Mitgliedern weismachten, daß es möglich sei, anstelle von nicht mehr durchsetzbaren Lohnprozenten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bei den Unternehmern herauszuholen. Dies geschah wohl in der Hoffnung, daß es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der permanenten Krisensituation für die Unternehmer nicht so kostspielig, weil meist auf einzelne Gruppen beschränkt, also damit leichter durchsetzbar sei. Diese Argumentation fiel bei einigen Kollegen, speziell bei besser verdienenden, auf fruchtbaren Boden.

In diesem Zusammenhang wird seit 1977 von der Gewerkschaftsführung die Forderung einiger großer Betriebsämter nach 11/2facher Anrechnung des Schichtdienstes aufgegriffen und teilweise recht mühsam in der breiten Mitgliedschaft problematisiert. Gleichzeitig wurden mit den »Kollegen« in der Unternehmensleitung Postministerium erste Gespräche geführt. Das Ministerium stellte im Laufe der Zeit selbst die negativen Auswirkungen der Schichtarbeit fest, und im Februar 1979 sagte der Postminister Gscheidle eine positive Lösung des Problems zu.

Die DPG-Führung versuchte durch Unterstützung und durch Anordnen spontaner Aktionen einzelner Belegschaften, wie Unterschriftensammlung, Beschlüssen von MVs usw., dem Postminister ein Alibi für einen Alleingang in der Schichtdienstfrage zu verschaffen. Allerdings bekam die Gewerkschaftsführung langsam aber auch Druck von unten, nicht direkt durch die Betroffenen, aber durch die örtlichen Funktionäre.

Auf einer bundesweiten Personalrätekonferenz im Herbst 1979 wurde der Antrag gestellt, daß alle gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen seien, um akzeptable Regelungen im Schichtdienst zu erreichen. Ein Redner sprach gegen diesen Antrag, dabei wurden Unmutsäußerungen laut. Diesem Redner kam dann der DPG-Vorsitzende Ernst Breit zu Hilfe. Er sprach einige Zeit gegen diesen Antrag, und als der Unmut darauf immer lauter wurde, schloß er mit der Empfehlung, diesem Antrag zuzustimmen. Der Empfehlung wurde gefolgt.

Der Grund für dieses Verhalten der Konferenz liegt darin, daß mit dem Verdrängungskampf, den die Post gegen UPS und andere private Paketbeförderer führt, die Schichtpläne immer unmenschlicher wurden und die örtlichen Personalräte, die diesen Schichtplänen zustimmen mußten, immer größere Schwierigkeiten bekamen, ihre Zustimmung den Kollegen zu erklären.

Im Dezember 1979 unterbreitete der Postminister eine Analyse des Problems dem für die Regelung des gesamten öffentlichen Dienstes zuständigen Bundesinnenminister. Offensichtlich hat daraufhin der Verband der »öffentlichen Arbeitgeber«, unterstützt oder aufgefordert durch die anderen Unternehmerverbände, seinem Mitglied Post ein Ausscheren in dieser Frage untersagt, denn in den Verhandlungsrunden über den Manteltarifvertrag von Mai und Juni 1980 wird der Postgewerkschaft kein Angebot vorgelegt. Die Situation ist

vergleichbar mit der im Brauereigewerbe, wo die Unternehmer aufgrund ihrer günstigen Ertragslage bereit waren, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, dann aber von den Unternehmerverbänden zurückgepfiffen wurden.

Die DPG-Führung mußte also Ende Juni 1980 den Manteltarif kündigen, wenn sie nach dem Wind, den sie vorher gemacht hatte, nicht dumm vor ihren Mitgliedern dastehen wollte. Als Forderung wurde aufgestellt: 11/2fache Anrechnung von Nachtarbeit, Wechselschichtarbeit und Wochenendarbeit.

Im September 1980 wird erstmals ein Angebot vorgelegt, und Ende Oktober, nach einigen spontanen und »spontanen« Warnstreiks, geringfügig verbessert: »Arbeitnehmer, die in wechselnden Dienstschichten von erheblich unterschiedlicher Lage (nähere Definition vorbehalten) regelmäßig in einer Schichtfolge eingesetzt sind, erhalten im Kalenderjahr

- 3 Freischichten, wenn sie mindestens 720 Nachtarbeitstunden
- 2 Freischichten, wenn sie mindestens 480 Nachtarbeitstunden
- 1 Freischicht, wenn sie mindestens 240 Nachtarbeitstunden

in Schichten geleistet haben, die nach 22 Uhrenden und vor 4 Uhr beginnen.

Als Nachtarbeit zählt die Zeit zwischen 21 und 6 Uhr.«

Die Annahme dieses Angebotes hätte bedeutet, daß nur ca. 50.000 Schichtdienstler bei der Post, also 1 von 4, in den Genuß einer Freizeitregelung gekommen wäre. In Prozenten ausgedrückt stand der Forderung nach 150%iger Anrechnung des Nacht- und Feiertagsdienstes ein Angebot von 103% nur für den Nachtdienst entgegen, das nicht einmal für alle Betroffenen gelten sollte.

## Der Verlauf des Arbeitskampfes

92% der Kollegen sprachen sich in der Urabstimmung am 17./18. Nov. 1980 für Kampfmaßnahmen aus. Von diesen Kollegen arbeitet nur ein kleiner Teil im Schicht- bzw. Nachtdienst, nämlich die, die in großen Postämtern bzw. im Fernmeldebereich in Dienststellen wie Auskunft, Auslands-handvermittlung u.ä. tätig sind. Die DPG hatte einen »Stufenplan« beschlossen, der eine langsame Ausweitung der Kampfmaßnahmen vorsah. Am Anfang wurde nur in wenigen Ämtern die Arbeit niedergelegt. Für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung wurde eine schrittweise Ausweitung geplant. Dieser Plan wurde in seinen Einzelheiten vor den Betroffenen geheimgehalten. Selbst die Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände in den Ämtern wurden über Zeitpunkte nicht informiert. Damit wollte man — so wurde gesagt — die frühzeitige Organisation des Einsatzes von Beamten bzw. die Weitergabe von Transportleistungen an private Spediteure verhindern bzw. einschränken. Das scheint in den einzelnen Bezirken unterschiedlich gut gelungen zu sein. Besonders in Norddeutschland ist durch den Einsatz von Beamten verhindert worden, daß der Postverkehr hat zusammenbrechen können. (Vergleiche »Der Streik in Hamburg«) Das Verhalten der Beamten war sehr unterschiedlich und reichte von eifrigem Arbeitseinsatz, bei dem in Einzelfällen sogar der private PKW benutzt wurde, bis hin zu solidarischem Verhalten, indem man übertragene Aufgaben nur nach schriftlicher Aufforderung übernahm und auch dann keine allzu große Arbeitsintensität zeigte. Unsere Kenntnisse reichen nicht aus, um das Verhalten der Beamten bei der Post in der einen oder anderen Richtung verallgemeinern zu können. In Darmstadt z. B. hat sich die Mehrheit der Beamten sehr solidarisch verhalten. In München sollen gehobene Postbeamte, die zum Paketsortieren abkommandiert wurden, überhaupt erst dadurch mitbekommen haben, um was es den streikenden Kollegen ging und dann Verständnis für die Streikenden kundgetan haben. (Da die DPG die Beamten aus rechtlichen Gründen am Streik nicht beteiligte, wäre das Risiko für einzelne Kollegen, sich zu beteiligen, relativ groß gewesen.)

Im hessischen Raum und speziell in den Frankfurter Ämtern wurde der Verkehr vollständig zum Erliegen gebracht. Dabei spielte eine Rolle, daß es möglich war zu verhindern, daß Post angeliefert bzw. abgefahren werden konnte. Zum Teil benutzten die Streikposten zu diesem Zweck auch in den Einfahrten quergestellte Fahrzeuge.

**Die Abonnenten der Informationsbriefe »Arbeiterpolitik« haben 1980 acht Ausgaben (statt der geplanten sechs) für 15,- DM erhalten. Damit wir unsere laufenden Kosten trotz mehr »Arbeiterpolitik« pro Jahr decken können, bitten wir die Leser, gleich jetzt den neuen Abonnementspreis von 20,-DM für 1981 auf das Konto der:**

**GFSA e. V., Postscheck Hamburg  
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 4100 77-205**

**auf anliegender Zahlkarte zu überweisen. Allen Lesern, die die Gruppe »Arbeiterpolitik« politisch und materiell mit Beiträgen, Spenden und Zuschriften unterstützt haben, sprechen wir unseren Dank aus.**

**Die Redaktion**

Versuche, Verkehrsströme umzuleiten, schlugen deshalb fehl, weil die Kollegen in anderen Ämtern ihren Vorgesetzten klarmachten, daß auch sie die Arbeit vollständig niederlegen würden, wenn man versuchen sollte, sie einen Teil der Arbeit der streikenden Kollegen übernehmen zu lassen. Es kam z. B. dazu, daß LKW-Fahrer, die merkten, daß sie Streikbrecherfahrten durchführen sollten, ihren LKW abschlossen und sich am Streik beteiligten. Gegenteilige Beispiele sind jedoch auch zu nennen, bei denen sich Kollegen freiwillig bereit erklärten, Aufgaben streikender Kollegen zu übernehmen, obwohl man sie nicht dazu hätte zwingen können. Die Post der Rechenzentren (hauptsächlich Unterlagen für die Fernmelde-rechnungen) wurden z. B. in den meisten Fällen von Kollegen, die sich ein paar Mark Auslöse verdienen wollten, quer durch die BRD transportiert.

Neben dem Aspekt der Unterbindung der Produktion, wobei man auch hier darauf verweisen muß, daß trotz einer Streikdauer von 6 Tagen wegen Feiertag und Wochenende nur an 2 Arbeitstagen der Privatwirtschaft gestreikt wurde, muß man auch beachten, wie der Streik von den Kollegen geführt wurde.

Der größte Teil der aufgeforderten Kollegen beteiligte sich am Streik und viele sind neu in die Gewerkschaft eingetreten. Für die meisten Kollegen bedeutete Beteiligung aber nur, daß sie ihrem Arbeitsplatz fernblieben und sich im Streiklokal einen Stempel abholten, es bedeutete nicht, daß sie sich aktiv beteiligten und sich z. B. für die Verteilung von Flugblättern oder als Streikposten zur Verfügung stellten. Ein einzelner Streikposten vor einem Amt mit 2000 Beschäftigten war keine Seltenheit. Unmittelbar vor dem Abschluß gab es Arbeitsgruppen, die befürchten mußten, daß sie noch nicht einmal mehr in der Lage sein würden, einen Streikposten rund um die Uhr vor dem Amt aufzustellen. Es kam zu Hilferufen quer durch die BRD, bei denen um die Abstellung von Streikposten gebeten wurde.

Einen großen Teil der Verantwortung für diese Schwierigkeiten trägt die Organisation selbst, da man die beamteten Funktionäre auf unterster Ebene aus der Streikvorbereitung und -durchführung heraushielt und man nur in ganz wenigen Ausnahmefällen Streikversammlungen durchführte. In den meisten Orten fand keine einzige Versammlung statt. Wie groß jedoch auch in diesem Zusammenhang die fehlende Kampferfahrung war, zeigt das Verhalten der Kollegen, nachdem die Verhandlungskommission ein Verhandlungser-

gebnis erzielt hatte. Noch bevor die Zustimmung des Hauptvorstandes vorlag, nahmen die Kollegen, obwohl sie unzufrieden waren, das Ergebnis hin. In vielen Ämtern erschieden die Streikposten nicht mehr. Spätestens zu diesem Zeitpunkt brach der Streik zusammen. Noch vor der 2. Urabstimmung wurde auf Anordnung des Hauptvorstandes die Arbeit wieder aufgenommen. Es wurden Überstunden geschoben, um die Rückstände aufzuarbeiten.

Nur in der Urabstimmung selbst zeigten die Kollegen noch einmal ihre Unzufriedenheit. Insgesamt stimmten nur rund 52% der abstimmenden Kollegen dem Abschluß zu, wobei sich viele an der Abstimmung nicht mehr beteiligten. In den großen Ämtern, die hauptsächlich von Schichtarbeit betroffen sind, wurden meist zwischen 75% und 95% Nein-Stimmen abgegeben.

### Was sind die Ergebnisse des Streiks?

Zusammengefaßt heißt der Abschluß: Der Unternehmer hat sein Angebot von 103% auf rund 107% erhöht, für einen erweiterten, aber immer noch eingeschränkten Personenkreis. 50% aller Schichtdienstler, allerdings die meisten Nachtdienstler, kommen jetzt in den Genuß einer Freizeitregelung. Teilzeitkräfte sind anteilig eingeschlossen.

Einem Vergleich mit den Forderungen hält das Ergebnis allerdings nicht stand:

- 107%ige Anrechnung von Nachtdienststunden gegenüber den geforderten 150%;
- Nichtberücksichtigung von Sonn- und Feiertagsschichten;
- Nichtberücksichtigung von Wechseldienst ohne Nachtschichten;
- Festschreibung des miesen Ergebnisses bis 1984;
- Keine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sondern Freischichten.

Obwohl keiner der Kollegen mit der Durchsetzung aller Forderungen rechnete, fühlten die meisten sich doch verschaukelt, sie gingen davon aus, daß eine 120%ige Anrechnung herauskommen könnte.

### Was macht dieses Ergebnis deutlich?

Die Parallelen des Poststreiks mit den Auseinandersetzungen in der Stahlindustrie und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe weisen unmißverständlich darauf hin, daß der Tabukatalog der Arbeitgeberverbände auch für den öffentli-

## Der Streik im Hamburg

Am Donnerstag, dem 21. 11. 1980 wurden in Hamburg die Postämter 2 und 3 bestreikt. Alle Arbeiter und Angestellten der Frühschicht wurden von Streikposten empfangen und ins Gewerkschaftshaus (Streiklokal) geschickt. Dort holten sie ihre Streikausweise mit Stempel ab und wurden nach Hause geschickt.

Die Beamten wurden hineingelassen. Merkwürdigerweise hatten sie alle weiße Ausweise, die sie berechtigten, ins Postamt zu gehen. Diese Ausweise wurden schon am Montag ans Personal ausgegeben. Die Arbeitskämpfhelfer wußten allerdings Mittwoch noch nicht, welche Ämter bestreikt werden. Es ist schon makaber, wenn die oberen Dienststellen der Post Bescheid wissen, wir als Betroffene aber nicht.

Später kamen dann Beamte der Oberpostdirektion, die zwangsverpflichtet waren. Als Streikposten tat es einem in der Seele weh, wenn man die Beamten reinlassen mußte. Darum griff der Streik auch erst am Freitag richtig, da ja immer noch zum Teil gearbeitet wurde.

Am Freitag wollte die Oberpostdirektion sogar Auszubildende einsetzen. Daraufhin wurden im PA 3 auch keine Beamten zur Spätschicht mehr hineingelassen. Die Kollegen freuten sich. Der Einsatz von Auszubildenden wurde dann schnell zurückgezogen, aber danach durften die Beamten auch wieder rein.

Am Freitagabend gab es eine Solidaritätsveranstaltung. Und siehe da, unser Bezirksvorsitzender Mendel, der sich vor wenigen Wochen noch so äußerte, daß es keinen Streik geben würde und sich auch praktisch nach seinen Worten verhielt, tönte vom Beamtenstreik. Wortradikal ließ er verlauten, daß im

PA 2 (Paketpostamt) nichts mehr lief und die wenigen Beamten die Arbeit nicht schaffen würden. Die Wirklichkeit sah anders aus. Im PA 2 wurde zur gleichen Zeit noch gearbeitet. Am Freitagmorgen waren noch über 60 Paketzustellwagen rausgefahren. Kolleginnen und Kollegen waren auf dieser Veranstaltung sehr sauer, weil der Streik nicht ausgedehnt wurde und am Morgen immer noch Post auf die Zustellämter gegangen war.

Es fanden auch keine Streikversammlungen statt bzw. Informationsveranstaltungen für Vertrauensleute nicht bestreikter Ämter. Man mußte wieder einmal alles aus der Presse erfahren.

Am Sonntag kam dann schnell das »Aus«. In Frankfurt beim Hauptvorstand gab es zahlreiche Proteste, ganze Ortsverwaltungen drohten mit Austritt. Davon ließ sich der Hauptvorstand allerdings nicht erweichen. Er stimmte nach stundenlangem Debatte dem Angebot mit 32 gegen 8 Stimmen zu. Hier muß man sich im nachhinein wirklich fragen, warum hier in einem 4tägigen Streik 10 Millionen und der Rest an Energie und Bereitschaft der Mitglieder verpulvert wurden.

Die Reaktionen der Kollegen waren sehr unterschiedlich. Wut, Resignation, Austrittsdrohungen, bis hin zu dem Punkt »Wir brauchen eine Solidarität«.

Schenkt man der »Welt« vom 1. 12. 1980 Glauben, dann wurden bei der 2. Urabstimmung nur 13.000 Stimmen gewertet (130.000 Abstimmungsberechtigte). In Hamburg haben Ämter bis zu 65% gegen diesen Abschluß gestimmt. Mir ist nicht klar, wo der Hauptvorstand die 51,4% für Annahme hernimmt und Einzelergebnisse werden geheimgehalten. Es wäre eine interessante Aufgabe, sie einmal bundesweit zusammenzutragen.

chen Dienst gilt. Die Post als Gewinne machender Staatsbetrieb unter sozialdemokratischer Leitung wäre ökonomisch und nach Einschätzung vieler sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre auch politisch durchaus in der Lage gewesen, eine spürbare Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Schichtarbeiter einzuführen. Offensichtlich stieß auch zu Anfang der Diskussionen die Gewerkschaftsführung mit ihren Forderungen im Postministerium nicht auf allzu großen Widerstand. Als von der Gewerkschaftsführung damals eine baldige Verbesserung im Schichtdienst verkündet wurde, und Anfang 1979 der Postminister versprach, das Problem »positiv« zu lösen, traten BDA/BDI auf den Plan und warnten die Post vor Alleingängen in der Arbeitszeitfrage. Der Innenminister machte dem Postminister klar, daß eine Schichtdienstregelung für die Postler nur im Rahmen einer Regelung für den gesamten ÖD zustandekommen dürfe und demzufolge in ihrem Volumen den leeren öffentlichen Kassen angepaßt werden müsse.

### Das Scheitern der bisherigen Gewerkschaftspolitik

Allein der geringe Umfang des durch den Streik Erreichten macht klar, daß der Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften praktisch bei Null angelangt ist. Vor wenigen Jahren noch hätte es sich wohl keiner träumen lassen, daß um eine derartig geringfügige Verbesserung nur für einen Teil der Postler überhaupt gestreikt werden müsse. Derartige Dinge wurden früher auf der Ebene Hauptvorstandssekretär — Ministerialbürokratie — direkt ausgehandelt. Diesmal mußte die Gewerkschaftsführung nicht nur die ganze Skala der ihr zur Verfügung stehenden Drohgebärden einsetzen, sondern sogar zum Mittel des Streiks greifen, um die von ihr selbst erweckten Erwartungen bei den Kollegen nicht total zu enttäuschen. Und nicht einmal mit dem Streik ist ihr das vollständig gelungen, wie an dem Urabstimmungsergebnis leicht abzulesen ist.

Seit einigen Jahren wird von den Sozialdemokraten das Schlagwort von der »Humanisierung der Arbeitswelt« gebraucht, um von dem langsamen Abbau der Löhne abzulenken. Von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften wird dieses Schlagwort umgesetzt in sog. »qualitative Forderungen«. Im Vorstand der Postgewerkschaft wurde wegen der günstigen ökonomischen Bedingungen geglaubt, mit der Durchsetzung derartigen »qualitativer« Forderungen bei der Post beginnen zu können. Von Gewerkschaftssekretären wurde auch vertreten, daß die DPG sich doch in der Rationalisierungsfrage »konstruktiv« verhalten habe und ihr Eintreten für die Monopolinteressen des Unternehmens auch seinen Lohn bekommen müsse.

Mit dem schnellen Abschluß des neuen Manteltarifvertrages durch ÖTV und DPG ist quasi offiziell das Scheitern dieser Politik erklärt worden. Wie weitgehend dieses Scheitern ist, wird dadurch verdeutlicht, daß es 1980 nicht einmal gelungen ist, den 1953 für eine Lohnerhöhung aufgegebenen Status der Schichtdienstler als Preis für weitgehenden Lohnverzicht wiederzuerlangen.

### Warum wurde so schnell abgeschlossen?

Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß die örtlichen Streikleitungen überwiegend mit streikunerfahrenen Kolleginnen und Kollegen besetzt waren, weil die Mehrheit der örtlichen Funktionäre Beamte sind und von der Gewerkschaftsführung aus dem Streik herausgehalten wurden, sich also auch nicht als Streikposten, Mitglied der Streikleitung usw. beteiligen durften. Deshalb lassen die z.T. etwas chaotischen Verhältnisse (kaum Streikversammlungen, zu wenig Streikposten etc.) keine Aussage über die tatsächliche Streikbereitschaft der Kollegen zu. Zweifel über die Kampfkraft sind angebracht, allerdings war der Streik schon zu Ende, bevor er sich richtig entwickeln konnte. Fakt ist, daß der Streik zwar »von oben« angeordnet wurde, dem Streikaufruf in den bestreikten Dienststellen unabhängig vom jeweiligen Organisationsgrad aber nahezu 100%ig gefolgt wurde. Die zweifelhafte Kampfkraft wird zwar von der Gewerkschaftsführung kritischen Kollegen gegenüber gerne als Grund für den hastigen Abschluß genannt, kann aber unseres Erachtens nicht ausschlaggebend gewesen sein. Übrig bleibt als Erklärung für den hastigen Abschluß nur, daß der Gewerkschaftsführung klar war, oder von den Genossen in Partei und Regierung klargemacht wurde, daß mehr auch bei länger

dauerndem Streik nicht zu holen wäre. Wahrscheinlich wurde von der SPD-Führung der Gewerkschaftsspitze klargemacht, daß der Streik vor der Regierungserklärung des Kanzlers zu beenden sei, was so auch geschah.

### Zur Frage des Beamtenstreiks

Anders als in dem Streik 1974 wurden diesmal die Beamten von der Gewerkschaftsführung komplett herausgehalten. Wenn auch damals der Beamtenstreik nicht offiziell ausgerufen wurde, so wurden doch 1974 die Beamten bei der Urabstimmung zu einer Solidaritätsabstimmung aufgefordert, und die meist beamteten Gewerkschaftsfunktionäre (örtliche Vorstände, Vertrauensleute) bildeten die Streikleitungen, standen Streikposten usw. Wenn damals eine bestimmte Dienststelle bestreikt wurde, gingen die Beamten mit raus, ohne daß es Beanstandungen gab.

In der Zwischenzeit hat es aber für die Gewerkschaften in der Frage des Beamtenstreiks ein ähnliches Debakel wie in der Aussperrungsfrage gegeben. Das Anrufen von Gerichten hat anläßlich des Fluglotsenstreiks und anläßlich der Forderung der Lehrer um Verkürzung der Arbeitszeit ergeben, daß nach »höchstrichterlicher« Auffassung nicht nur der Beamtenstreik verboten, sondern sogar ein Dienst nach Vorschrift sittenwidrig sei.

Die Folge davon war für diese Auseinandersetzung, daß anläßlich der mehr oder weniger spontanen Arbeitsniederlegungen vor dem eigentlichen Streik der Bundesdisziplinaranwalt Claussen, bekannt als Verfolger kommunistischer Lokführer und Briefträger, zu ermitteln versuchte, ob und wenn ja welche Beamte sich an den Arbeitsniederlegungen beteiligt und welche Vorgesetzten dies etwa gebilligt hätten. Diese Ermittlungen wurden auf Protest der DPG allerdings (offiziell) eingestellt.

Auf dem Kongreß der DPG, der kurz vor dem Streik stattfand, wurde die Frage des Beamtenstreiks breit diskutiert. Von vielen Delegierten wurde auf die entsolidarisierende Wirkung eines Fernhaltens der betroffenen Beamten hingewiesen, wurde die Existenzberechtigung einer Gewerkschaft, deren weit überwiegender Teil der Mitgliedschaft keine Kampfmaßnahmen ergreifen könne, in Frage gestellt. Von einigen wurde auch gefragt, was das mit großem propagandistischen Aufwand verabschiedete Grundsatzprogramm überhaupt soll, wenn einer der wesentlichen Programmpunkte, nämlich das uneingeschränkte Streikrecht der Beamten, kampfflos preisgegeben würde.

Die Gewerkschaftsführung vertrat den Standpunkt, daß höchstrichterliche Entscheidungen, auch um Schaden von dem einzelnen Beamten abzuwenden, beachtet werden müssen. Ein Beamtenstreik käme bei der gegenwärtigen juristischen Situation nur dann in Betracht, wenn die Existenz der Gewerkschaft selbst in Gefahr wäre.

Damit hat die Postgewerkschaft, die neben der Eisenbahnergewerkschaft die einzige ist, die objektiv im Stande wäre, das Streikrecht für Beamte zu erkämpfen, auch diese Forderung beerdigt. Sie unterstützt damit sogar die gegenwärtige Politik der Post, immer mehr Arbeitsplätze von Angestellten und Arbeitern in Beamtenstellen umzuwandeln. Die Unternehmensleitung hat es dabei noch nicht einmal nötig, die wahren Absichten zu verschleiern. Sie selbst spricht in den den Personalvertretungen vorgelegten Papieren davon, weitere Bereiche, speziell im Fernmeldewesen, »streiksicher« zu machen.

Es mag richtig sein, daß diese Auseinandersetzungen um den Schichtdienst nicht von vornherein geeignet gewesen wäre, die Frage des Beamtenstreiks auszutragen, daß von einem Streik um mehr Lohn vielleicht alle gleichermaßen betroffen, also da die Beamten leichter zu mobilisieren sind. Trotzdem ist an dem Verhalten der Gewerkschaftsführung heute schon abzulesen, daß sie bereit ist, die »hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums« in der nun wieder geltenden Form wilhelminischer Rechtsauffassung auch weiterhin zu akzeptieren.

Die Gewerkschaftsführung hat der Unternehmensleitung vorgeworfen, daß von ihr Beamte als Streikbrecher eingesetzt würden. Damit hat sie diesen Kollegen förmlich ins Gesicht gespuckt, denn einerseits verhindert die Gewerkschaftsführung selbst **Ansätze** von Solidaritätsaktionen der Beamten, und beschimpft dann andererseits die gleichen Kollegen als Streikbrecher. So wird das von dem Unternehmen mit großer

Sorgfalt vorgenommene Aufspalten jeder Arbeitsgruppe in Beschäftigte unterschiedlichen Status von der Gewerkschaftsführung aufgegriffen und vollendet und vom eigenen Versagen dadurch abzulenken versucht, in dem die Kollegen aufeinander gehetzt werden.

Diesen Versuchen müssen wir entgegengetreten, denn, wie uns ein Kollege schreibt:

„Insgesamt hat dieser Streik der 'Knopfdruckmobilisierung' eine neue Krone aufgesetzt. Damit man das nicht weiter mit

uns machen kann, sollten aktive Gewerkschafter regional und überregional Kontakte herstellen und Erfahrungen austauschen. So ein Prozeß geht innerhalb der DPG sehr schleppend voran. Gerade der Bezirk Frankfurt könnte hier vorantreibend mit seinen Erfahrungen wirken. Entweder wir organisieren aktiv einen Zusammenschluß und das kann Jahre dauern, oder wir werden langsam zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbürokratie aufgerieben.“

Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

## Zur Diskussion um das Programm des DGB

# Einst Wirtschaftsdemokratie, jetzt Mitbestimmung – Konzepte und ihre Folgen

Im März dieses Jahres findet ein DGB-Bundeskongreß statt, auf dem über den seit Monaten vorliegenden Entwurf eines neuen Grundsatz-Programms diskutiert und beschlossen werden soll. Eine erste Stellungnahme der Gruppe Arbeiterpolitik zu dieser Diskussion ist veröffentlicht als Beitrag im „Reader für die Zweite Sozialistische Konferenz“.

Einige grundsätzliche Fragen gewerkschaftlicher Politik in der kapitalistischen Gesellschaft wurden schon in der Weimarer Republik anlässlich des vom ADGB propagierten Konzeptes einer »Wirtschaftsdemokratie« vom kommunistischen Standpunkt behandelt. Um daran anknüpfen zu können, veröffentlichen wir hier einen Artikel, den August Thalheimer in der »Arbeiterpolitik«, der Tageszeitung der KPD-O veröffentlichte. Der Wiederabdruck dieses Artikels an dieser Stelle soll Hintergrundmaterial zur aktuellen Diskussion sein; er ersetzt nicht eine gründlichere Stellungnahme von uns zum DGB-Programm-Entwurf, die wir erarbeiten und in geeigneter Form veröffentlichen wollen. Die Redaktion

August Thalheimer:

## Kritische Anmerkungen zu Tarnows Referat über »Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse«

Das Referat F. Tarnows über »Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse« auf dem Leipziger Parteitag der SPD liegt bereits im Druck vor, bevorwortet vom Parteivorstand der SPD und mit der vom Parteitag zum Referat angenommenen Resolution als Anhang. (I. H. W. Dietz, Nachf., Berlin). Wir knüpfen an diesen offiziellen Text unsere kritischen Anmerkungen an.

Molière schrieb den »Eingebildeten Kranken«. Die Sozialdemokratie spielt den eingebildeten Arzt des Kapitalismus. Eingebildet: denn nicht nur wird der Kapitalismus nicht von ihr kuriert, das passiert auch anderen Ärzten, sondern ihre ärztliche Tätigkeit am Kapitalismus ist nur eine eingebildete. Sie kommt in Wirklichkeit gar nicht dazu, diese Rolle zu spielen. Der Kapitalismus läßt den eingebildeten Arzt wohl schwatzen, im übrigen aber besorgt er seine Geschäfte selbst. »Der Kater hört zu und frißt« — lautet ein russisches Sprichwort. Die wirkliche Rolle der Sozialdemokratie ist eine ganz andere, als die, die sie sich einbildet. Sie verarztet nicht den Kapitalismus, sondern die Arbeiterklasse, die sie davon abhält, den Alp abzuschütteln, der ihr im Nacken sitzt. Der Kapitalismus ist krank, der eingebildete Arzt aber spricht die Arbeiterklasse ins Bett. Die weisen »Ratschläge«, die diese Kleinbürger mit überlegener Miene dem Kapitalismus erteilen, laufen aber darauf hinaus, das Raubtier möge doch gefälligst hinfort Gras fressen.

Bereits die Sprache verrät die Kleinbürger, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen und sich einbilden, weil die

Nachtwächterdienste für ihn verrichten, seien sie Mitinhaber der Firma und hätten etwas zu sagen. An die Stelle der kritischen Sprache des Marxismus ist die der Vulgärökonomie getreten. Die Sprache kennzeichnet den Standpunkt.

Wir lesen da z. B. von »Produktionswirtschaft« (S. 5), wo es sich um die kapitalistische Produktion handelt. Das spezifisch kapitalistische der kapitalistischen Produktion ist weggelassen. Dies besteht darin, daß der Zweck der kapitalistischen Produktion nicht die Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs, sondern die Erzeugung von Mehrwert ist. Es gibt im Kapitalismus keine »Produktionswirtschaft« in dem gemeinten Sinne.

»Die deutsche Wirtschaft« (S. 8). Die kapitalistische Wirtschaft ist gemeint. Sie wird aber als die Wirtschaft hingestellt, sie wird ihres historischen vergänglichlichen Charakters entkleidet. Es ist dies die kapitalistische Sprechweise, nicht die des Proletariats.

»Wir haben gewiß eine Auslandsverschuldung« (S. 10). Die »wir« sind ausschließlich die Kapitalisten. Der Arbeiterklasse gehören einstweilen weder die Aktiven noch die Passiven des deutschen Kapitals. Aber der Tarnow u. Cie. sprechen, als ob sie zur Firma gehören.

»Verbrauchsgüter« und »Konsumgüter« (S. 17). Der Kapitalismus erzeugt bekanntlich keine »Güter« (Gebrauchswerte), sondern Waren (Tauschwerte). Die bürgerliche Ökonomie spricht von »Gütern«, um den spezifischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft zu verschleiern, um sie als unmittelbare Produktion für den Bedarf darzustellen, was sie gerade nicht ist, und was die Grundlage aller ihrer Widersprüche und Krisen bildet.

Tarnow »klagt« die kapitalistische Wirtschaft »an«.

»Wenn nur halb soviel Energie auf die Verteilung dessen, was produziert wird, verwandt worden wäre wie auf die Produktion und ihre Steigerung, dann hätte die soziale Frage längst aufgehört, noch ein Problem zu sein.« (S. 4)

Danach scheint es, als ob es die Kapitalisten an »Energie bei der »Verteilung« des Produzierten fehlen lassen. Das tun sie nun keineswegs. Im Gegenteil. Sie wenden alle Energie auf 1. um den Anteil der Arbeiterklasse möglichst zu drücken, 2. um sich gegenseitig die Profite abzujauchen. Die »Energie«, mit der das geschieht, war nie so groß wie heute. Sie ist zur brutalsten Gewalt ausgeartet.



Die Sozialdemokratie auf dem Kutschbock



Auch hier tritt der Kleinbürger zu Tage, der die kapitalistische Produktion gut findet, aber die »Verteilung« schlecht. Die einen bekommen zuviel, die anderen zuwenig, aber es ist eine grundlegende marxistische Einsicht, daß die Art der »Verteilung« durch die Art der Produktion bestimmt ist. Kapitalistische Produktion bedingt kapitalistische Verteilung. Man muß die Art der Produktion revolutionär umstürzen. Der kleinbürgerliche Sozialismus bildet sich ein, die »Verteilung« ändern zu können, ohne die kapitalistische Produktion selbst zu ändern.

Im Herbst 1918 hat die deutsche Sozialdemokratie nach Tarnow »das deutsche Volk gerettet«. Sie hat damit die »Existenzgrundlage« für die deutsche Wirtschaft hergestellt. Die Kapitalisten saßen damals zunächst »in den Mauselöchern«. Tarnow entrüstet sich nicht schlecht über die »unerhörte Heuchelei« der Kapitalisten, die heute das »marxistische System«, hier die Sozialdemokratie, anklagen, die sie gestern vom Untergang gerettet hat. Zu diesem Rettungswerk der Sozialdemokratie gehörte ein »ungeheuer entwickeltes Verantwortungsbewußtsein«. Wenn die Sozialdemokratie nicht »auf dem Posten gewesen wäre, dann wäre ein vollständiger Zusammenbruch der Ökonomie Deutschlands unvermeidlich gewesen.« (So Tarnow (S. 8, 9).

Solange sozialdemokratische Arbeiter es sich noch gefallen lassen, daß der ungeheuerliche Verrat und die unverzeihliche Dummheit, die die Sozialdemokratie November 1918 begangen hat, als sie den wankenden Kapitalismus wieder auf die Beine stellen half, als Verdienst gepriesen wird, solange werden sie noch an der Nase herumgeführt. Wenn nicht eingesehen und ausgesprochen wird, daß das Verrat und Dummheit war, so doch nur deshalb, weil grundsätzlich an dem Standpunkt festgehalten wird, daß Krisen des Kapitalismus nicht benutzt werden müssen, um ihn zu stürzen, sondern um — ihn zu stützen, zu retten. Die Heulmeierei Tarnows über die Heuchelei und Undankbarkeit der von der Sozialdemokratie 1918 und später geretteten Kapitalisten ist ebenso albern wie komisch. Ihr habt der kapitalistischen Bestie wieder auf die Beine geholfen, als ihr ihr das Kreuz brechen konntet, und jetzt wundert und entrüstet ihr euch, daß sie ihre Zähne und Klauen gebraucht. Denn Wirtschaft und Politik ist nicht zu trennen. Den Kapitalismus wirtschaftlich »retten«, hieß ihn auch politisch wieder stärken. Als er in der Klemme war, und die Revolutionswelle hochging, machte er einige Zugeständnisse. Jetzt nimmt er, wo er dank eurer Hilfe die Kraft dazu hat, sie wieder zurück. Entrüsten könnt ihr euch dabei nur über eure eigene Dummheit.

Die »Fehlinvestitionen« (S. 10, 11). Auch hier statt revolutionärer Schlußfolgerungen aus den Tatsachen, kleinbürgerliche Heulerei und »weise« Ratschläge.

Die »Fehlinvestitionen« sind ein Ausdruck für die Tatsache, daß das Kapital in Zeiten der Hochkonjunktur weit über die Marktschranken hinaus die Produktionskapazität steigert; das ferner stillgelegten Betrieben Renten gezahlt werden. Die Tatsachen selbst sind allmählich allgemein bekannt. Aber die »weisen Ratschläge« an die Kapitalisten sind auch hier für die Katz. Diese »Fehlinvestitionen« sind keine Zufälle, keine vermeintlichen Fehler der Kapitalisten, sie sind mit dem Wesen des Kapitalismus in seinem heutigen Zustand des Monopolkapitalismus unzertrennlich verbunden. Sie sind durch seinen Mechanismus selbst gegeben. Sie sind der Fehler des Monopolkapitalismus. Das Überflügeln der Marktschranken in der Hochkonjunktur ist ein Wesenszug des Kapitalismus während seiner ganzen Geschichte. Unter dem Monopolkapitalismus ändern sich die Formen und Umfänge dieser

Erscheinung, aber nicht diese selbst. Den einzelnen Kapitalisten zwang dazu früher die kapitalistische Konkurrenz unter Einzelkapitalisten. Heute zwingt dazu die Konkurrenz der Kapitalmonopole. Die Tendenz zu absoluter Produktionssteigerung macht gerade die historisch fortschrittliche Seite des Kapitalismus aus! Gelänge es, sie zu beseitigen, so kommt man zur kapitalistischen Stagnation, so käme man zur Beseitigung der Hochkonjunkturen.

Ebenso ist es mit den Renten für stillgelegte Betriebe. Sie belasten die Produktion. Sie sind das Zeugnis für die mehr und mehr parasitische Rolle des Monopolkapitalismus. Aber sie sind mit dem kapitalistischen Eigentumsbegriff gegeben, Entschädigungslose Enteignung kennt der Monopolkapitalismus nur gegenüber dem Kleinbürgertum und der Arbeiterklasse. Das Prinzip der entschädigungslosen Enteignung auf das Monopolkapital anwenden, heißt es revolutionär aufheben.

Wenn daher Tarnow das Monopolkapital donnernd befehlt: »Stellt erst einmal eure Bilanzen richtig, reduziert erst einmal das Kapital auf den tatsächlichen Wert der Unternehmungen, und gebt nicht fingierte Werke von Produktionsanlagen hinein, die überhaupt nicht mehr da sind, oder von Produktionsanlagen, die nicht mehr funktionieren können, weil ihr eine Überkapazität geschaffen habt« (S. 13), so ist das nur lächerliche Deklamation.

Wo bliebe der heutige Kapitalismus, wenn die Rechtstitel auf Grund von fiktiven Kapital gestrichen würden? Das gesamte Aktienwesen beruht ja gerade darauf!

### »Wirtschaftsanarchie« und »organisierter Kapitalismus«

Tarnow dreht und windet sich, um den Widerspruch der Hilferdingschen Theorie vom »organisierten Kapitalismus« mit der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie wegzueskamotieren. »Der Monopolkapitalismus organisiert zwar, aber er organisiert Wirtschaftsbezirke und nicht die Volkswirtschaft; er hebt in der Gesamtwirtschaft die Anarchie nicht auf; er verlegt sie nur in andere Größenordnungen. Der organisierte Kapitalismus hat den ökonomischen Bürgerkrieg Mann gegen Mann aufgehoben und ihn in einen ökonomischen Bandenkrieg verwandelt.«

Sehr richtig, wenn auch nicht neu, denn das ist es, was die kommunistische Kritik sei langem sagte. Aber der »organisierte« Kapitalismus sollte ja gerade die Wirtschaftsanarchie beseitigen. Er sollte die Planmäßigkeit im ganzen einführen. So behaupteten es doch die Hilferding, Naphtali usw. Der »organisierte Kapitalismus« ist also damit als Humbug enthüllt. Die Weltwirtschaftskrise hat diese reformistische Täuschung gesprengt.

### »Falscher« Angriff auf die Löhne

Der Angriff der Unternehmer auf die Löhne ist ebenso kapitalistisch »falsch«. Er ist nur die »Befriedigung eines Machtkitzels«, eine »stupidie volkswirtschaftliche Tradition«. Der Kapitalist »kann nicht anders handeln, als immer den Lohn zu drücken, denn davon hängt, wie er sich einbildet, sein Profit ab, und daß dennoch die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Gesamtheit das Gegenteil erforderte, nämlich eine Erhöhung der Löhne, eine Stärkung der Kaufkraft« (S. 16). Das ist die seit langen Jahren gepredigte gewerkschaftliche Vulgärtheorie, die sich einbildet, die Kapitalisten zu belehren, wie sie richtig kapitalistisch handeln müßten, und dabei die elementarsten Einsichten des Marxismus preisgibt.

Denn es ist in der Tat eine der elementarsten marxistischen Einsichten, daß Löhne und Profite sich umgekehrt verhalten.



Fritz Tarnow, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, war der anerkannte wirtschafts-politische Sprecher des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und einer der führenden Gewerkschafts-politiker der SPD.

Senkung der Löhne ist Steigerung der Profite. Lohnsenkung ist allerdings identisch mit Senkung der Konsumfähigkeit der Arbeiter und insoweit Einschränkung des kapitalistischen Absatzmarktes. Aber das kapitalistische Interesse an der Höhe des Profits ist das Primäre. Dieser Widerspruch läßt sich nur mit dem Kapitalismus selbst, aber nicht auf dem Boden des Kapitalismus beseitigen. Von ihrem Boden aus antworten die Kapitalisten: Unser Profit ist auch »Kaufkraft«.

### Nicht: »mehr Backöfen«, sondern »mehr Brot«

Die vulgärökonomische theoretische Verwirrung führt Tarnow zu geradezu hahnebüchenem Unsinn in folgendem.

Die »Kapitalakkumulation« vollzieht sich technisch als Anhäufung von Produktionsmitteln. »Es ist also logisch, daß die Kapitalisten lieber Produktionsmittel als Konsumgüter erzeugen. Das ist aber nicht das gesellschaftliche Interesse, das auf mehr Verbrauchsgüter und nicht auf überflüssige Produktionsgüter gerichtet ist. Das gesellschaftliche Interesse heißt: mehr Brot! Das kapitalistische Interesse: mehr Backöfen! Damit ist der Gegensatz zwischen gesellschaftlichem und kapitalistischem Interesse am besten ausgedrückt.« (S. 17.) Dieser hahnebüchene elementare Unsinn passierte ohne Kritik!

Aller gesellschaftliche Fortschritt in der Produktivität der Arbeit drückt sich aus in der Steigerung des Umfangs der Produktionsmittel im Verhältnis zu dem der Konsumtionsmittel. Mit anderen Worten: Der wachsende Umfang der Technik ist der Maßstab für den gesellschaftlichen Fortschritt in der Beherrschung oder Nutzbarmachung der Naturkräfte. In der kapitalistischen Gesellschaft drückt sich das aus in Gestalt der schnelleren Kapitalakkumulation in der Abteilung der Produktionsmittel, als in der der Konsumtionsmittel. Das umgekehrte bedeutet: technischer und kultureller Rückschritt! Selbstverständlich wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht nur der Umfang der Produktionsmittel schneller wachsen als der der Konsumtionsmittel, sondern dies

Wachstum wird noch schneller sein als in der kapitalistischen Wirtschaft. Denn der Sozialismus beseitigt bestimmte soziale und ökonomische Hemmnisse, die dem technischen Fortschritt im Kapitalismus im Wege stehen.

Wieso kommt Tarnow zu diesem Unsinn? Weil in seiner Vorstellung die kapitalistische Form des technischen Fortschritts die absolute ist. Daher schreibt er die gesellschaftlich schädlichen Wirkungen des technischen Fortschritts in seiner kapitalistischen Form nicht der kapitalistischen Form zu, sondern dem technischen Fortschritt an sich, der sich — unter allen gesellschaftlichen Verhältnissen — in der Vermehrung des Umfangs der Produktionsmittel ausdrückt. Eine schöne »marxistische« Konsequenz, die sich gegen den technischen Fortschritt wendet!

Es sind nicht zuviel Produktionsmittel da — aber zuviel Produktionsmittel in kapitalistischer Form, und darum zuwenig Konsumtionsmittel für die Arbeiterklasse.

Die Folgerung Tarnows wäre: weniger Backöfen! Welch ein toller Unsinn. Für die eine sozialistische Gesellschaft heißt es verbesserte Backöfen, mehr und bessere Backtechnik — weniger Arbeit für den Backprozeß, also mehr Brot und weniger Arbeit.

Das ist heute sozialdemokratische »Theorie«.

### »Endkrise« des Kapitalismus oder nicht?

Tarnow ist der Ansicht, daß »trotz dieser noch nie dagewesenen Häufung von Krisenursachen... die Wirtschaft die Wege finden wird, die zum Wiederaufstieg führen« (S. 20).

Die »Linken« haben es Tarnow leicht gemacht, indem sie die Frage falsch stellten. Die Frage ist nicht, ob der Kapitalismus wieder zu einem Konjunkturaufstieg kommen kann, wenn es ihm gelingt, die Krise auf Kosten der Arbeiterklasse zu überwinden, sondern:

1. Befindet sich der Kapitalismus allgemein noch im Aufstieg oder im Niedergang? Auch im Niedergang geht der Konjunkturzyklus weiter.

2. Soll die Arbeiterklasse Niedergang und Wirtschaftskrise benutzen, um dem Kapitalismus auf ihre Kosten das Leben zu verlängern, oder soll sie ihn stürzen.

»Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch — ja, wie soll ich das sagen — als Arzt, der heilen will, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte? In diesem Bild drückt sich unsere ganze Situation aus. Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen.«

Dasselbe wird ausgedrückt in der Wendung »Die organisierte Arbeiterschaft will den Sturz des kapitalistischen Systems, aber sie will nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft.«

All das sind nur verhüllte Wendungen dafür, daß die Sozialdemokratie davon träumt, daß die Kapitalisten sich allmählich und friedlich die Macht aus der Hand nehmen lassen, daß es keines gewaltsamen Sturzes der Kapitalistenklasse bedürfe.



Aber **erstens**: »Die Wirtschaft«, nämlich die kapitalistische Wirtschaft, bricht ja gerade in den Krisen periodisch selber zusammen.

**Zweitens**: Gerade die »Russen« haben versucht, nach Eroberung der Macht, die **Kapitalisten** weiter an der Leitung der »Wirtschaft« zu beteiligen. Sie haben sabotiert und werden selbstverständlich immer sabotieren. Aber selbst an diesem **Versuch** war nur zu denken, nachdem die Kapitalisten im siegreichen Aufstand geschlagen waren und ihnen die politische Macht entrissen war.

**Drittens**: Revolution und Bürgerkrieg sind nicht reine **Zerstörungsakte**, wie die **sozialdemokratische Panikmacherei** sich einbildet, sie sind zugleich und überwiegend **Geburtsheiferakte**, die Befreiung der unter dem Kapitalismus entwickelten aber zugleich **gefesselten Produktivkräfte**.

Soweit »Zerstörung« und »Vernichtung« in Betracht kommen, ist es nicht die Arbeiterklasse, sondern das **Kapital**, das sie im Kampf um sein Leben brutal begeht. Folgt daraus, daß man das Kapital nicht angreifen soll? Umgekehrt folgt daraus, daß man durch konzentrierte Gewaltanwendung gegen das Kapital ihre Zerstörungsarbeit abkürzt und vermindert.

## Deutschland und Rußland

Tarnow malt mit grellen Farben das »Elend« an die Wand, durch das die siegreiche russische Arbeiterklasse hat gehen müssen. Welch eine Heuchelei! Das »Elend« fällt ja gerade auf das Konto der Kapitalisten und ihrer Tarnows, die alle Kräfte der Konterrevolution gegen sie losgelassen haben und den sozialistischen Aufbau sabotieren.

Rußland hatte 1925 87 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung. Also kann man es in Deutschland nicht so machen wie in Rußland... Hier schlägt Tarnow sich selbst. Die höhere

Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland **erleichtert** hier den sozialistischen Umbau, nachdem einmal der kapitalistische Widerstand gewaltsam gebrochen ist.

## »Sozialistische Fundamente«

Nach der Krise wird sich nach Tarnow zeigen, daß die »sozialistischen Fundamente stärker, die kapitalistischen schwächer« geworden sind (S.25). Welches sind die »sozialistischen Fundamente« nach Tarnow? Die Staatseinmischung in die Wirtschaft, die Arbeitslosenversicherung usw.

Aber es ist der Staat des **Monopolkapitals**, der sich einmischt, im Interesse des Monopolkapitals, nicht der Arbeiterklasse oder »der Gesellschaft«.

Die Arbeitslosenversicherung hat mit Sozialismus nicht das geringste zu tun. Es ist ein **kapitalistisches Sicherheitsventil**, nicht mehr.

Sinn und Zweck des Tarnowschen Referates wie der angenommenen Resolution ist die weitere **Stützung** des kranken Kapitalismus durch die Verhinderung des Angriffs der Arbeiterklasse auf die Grundlagen des Systems, durch die Stützung des bürgerlichen Staates.

Die Rolle des »Arztes« ist nur eine eingebildete, aber diese Einbildung dient dazu, die Arbeiter im Kampf zu lähmen, Illusionen in ihnen zu wecken über einen Einfluß auf den Gang der Wirtschaft im Kapitalismus, den sie gar nicht haben. Die Quacksalberrezepte im einzelnen durchzugehen, hat um so weniger Zweck, als die Sozialdemokratie gar nicht das geringste tut, um sie durchzusetzen. Das sind nichts als kleinbürgerlich - utopische fromme Wünsche, mit denen man sich über die Lakaienrolle gegenüber dem Kapital hinwegtröstet. ■

Aus: Arbeiterpolitik vom 14. Juni 1931,  
Tageszeitung der KPD-Opposition.

## Kommentar zum Krieg Irak – Iran:

# Flucht nach vorn – vor revolutionärer Gefahr

»Wieder einmal ist der Westen von Ereignissen im Nahen Osten überrascht worden...«, klagt der israelische Reservegeneral Herzog angesichts des Konfliktes zwischen Irak und Iran. Worin sieht er den Grund der Überraschung? »Die westlichen Regierungen und Medien sind, geleitet von Opportunismus oder Ignoranz vom israelisch-arabischen Konflikt besessen...« Es sei falsch, wenn westliche Staatsmänner (Herzog bezieht sich auf eine kürzliche Reise des Vertreters der EG – Außenminister, Thorn) nach Israel kämen, »um mit israelischen Politikern und führenden Vertretern der arabischen Meinung am Westufer die palästinensische Frage zu diskutieren... Man verkennt dabei, daß die großen Gefahren für den Weltfrieden im Nahen Osten weiterbestehen werden, selbst wenn – durch welche Mittel auch immer – der israelisch-arabische Konflikt gelöst wird.« Und weiter: »Wir zählen heute an die 10 Konflikte im Nahen Osten und in der arabischen Welt, die den Weltfrieden bedrohen und gleichzeitig nichts mit dem Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu tun haben.« (Welt v. 2. 12. 1980)

Ist denn der israelisch-arabische Konflikt eine isolierte Auseinandersetzung? Auch wenn – formal gesehen – der **Krieg zwischen Irak und Iran** ohne direkte und unmittelbare Beteiligung Israels stattfindet (übrigens zum ersten Mal im Nahen Osten seit 1948, abgesehen vom Krieg Nord- gegen Süd-jemen), so ist dennoch der irakisch-iranische Konflikt von den weltpolitischen Auseinandersetzungen ebensowenig zu trennen, wie der israelisch-arabische. Die Veränderungen, die der Krieg am Golf zur Folge haben muß, werden das Verhältnis Israels zu seinen arabischen Nachbarn kaum verbessern, eher verschlechtern!<sup>1</sup>

## Der Westen unterschätzt die iranischen Massen

Der Westen hat schon einmal die Entwicklung falsch eingeschätzt, als er die militärische Stärke des Schah-

Regimes überbewertete und sie für ausreichend hielt, die soziale Unruhe im Iran und im Golfgebiet unter Kontrolle zu halten. Trotz der modernsten militärtechnischen Rüstung (einschließlich atomarer) brach das Schah-Regime in der Sturmflut der Massen zusammen. — 60 bis 80 tausend Iraner, vor allem junge Leute im Alter bis zu 24 Jahren, fielen in den Kämpfen gegen die Herrschaft des Schah. Es waren zum größten Teil Menschen, die auf der untersten Stufe menschlicher Existenzbedingungen im Armutsgürtel Teherans lebten von Zufallsarbeit, als fliegende Händler, vom Abfall der Wohlhabenden und reichen Schichten und die ihr Leben in Slums und in primitiven Behausungen fristeten. 3 bis 4 Millionen Iraner sind in den letzten Jahren vor der islamischen Revolution (1978/79) vom Land nach Teheran gekommen; die meisten von ihnen leben in den Slums und sahen in den Mullahs ihre Hoffnung.

Jetzt hat der Westen wiederum den Widerstandswillen der Massen gegen den Angriff des Irak unterschätzt. Die USA rechneten mit einem schnellen militärischen Zusammenbruch des Irak. Der Widerstand der Massen in den Grenzgebieten zum Irak, der »Pasdaran« (=Wächter der Revolution«, islamische Miliz), die sich aus den untersten Schichten rekrutieren und z. T. mit Messern und bloßen Fäusten kämpfen mußten, war für die USA eine Überraschung. Die Sympathie der mit dem Westen verbundenen Staaten (wie Saudi-Arabien, Jordanien und vor allem die Golf-Staaten) für den Irak war in den ersten Kriegstagen offensichtlich, jedoch wurden sie alle vorsichtiger — aus Furcht, eine offene Unterstützung für den Irak und gegen den Iran könnte die Massen im eigenen Lande erregen und die Kritik radikaler Araber auf sie selbst ziehen.

Der Außenminister von Bahrain erklärte: »Es ist schwer für uns, gute Beziehungen zu den USA zu haben.« Die Golf-Staaten können sich keine engeren Bindungen an den Westen, d. h. die USA leisten, weil die USA Israel unterstützen. Denn amerikanische Bombenflugzeuge mit israelischen Piloten greifen die libanesisch-arabische Zivilbevölkerung an und mit amerikanischem Kapital werden die israelischen Siedlungen auf der »Westbank« gebaut.

<sup>1</sup> Wie klug Leute wie Herzog doch sein können: »Falls Irak im Krieg erobertes Territorium behält, werden die verlorenen Gebiete revanchistische, nationale Bewegungen dazu anspornen, dieses Territorium zurückzugewinnen...« — Und das gilt nicht für die israelischen Eroberungen und die »Siedlungen« auf der Westbank?

Es gibt jedoch auch andere Stimmen als die Herzogs im westlich-imperialistischen Lager; sie sehen die weitreichenderen Gefahren. So meint die »Neue Zeitung« (NZZ), die man als Sprachrohr internationaler Bankfinanzkreise ansehen kann: »Keineswegs nur dem Westen, auch der dritten Welt und nicht zuletzt den Beteiligten wäre am besten gedient, wenn es bald gelänge, die Kämpfe am Erdölgolf zum Stillstand zu bringen. Wenn es amerikanischerseits anfänglich Hoffnungen gegeben haben sollte, daß die irakische Militäraktion zum Sturz des Khomeini-Regimes und damit zur Freilassung der Geiseln führen könnte, und wenn deshalb Washington nicht alles getan haben sollte, was möglich war, um über befreundete arabische Regierungen auf den Irak einzuwirken, so müßte jene Ausgangsbasis inzwischen längst revidiert werden...«. Die NZZ sieht, daß eine Verlängerung des Kriegs am Golf die Gefahr mit sich bringt, daß der irakische Präsident Saddam Hussein »die Herrschaft über sein irregeleitetes Volk verliert.« (12. 10.)

Die amerikanischen Militärexperten hatten sicher gute militärtechnische Unterlagen für ihre Voraussagen, daß die iranische Armee in einem desolaten militärischen und moralischen Zustand sei und der Krieg schnell zu Ende gehen würde. Die USA hatten auch die Möglichkeiten, durch Zurückhaltung der Ersatzteile und Zubehöre zur Wartung usw. die Ausrüstung der iranischen Armee zu behindern. Dabei konnten sich die Amerikaner wohl auch auf einen nicht unbeträchtlichen Teil des Offizierskorps stützen, das nach wie vor keine Sympathien für die revolutionären Massen hat. Deswegen haben auch die Iraker mit einem schnellen Sieg und Blitzkrieg gerechnet.

### Die Machtverhältnisse am Persischen Golf geraten ins Rutschen

Krieg und Bürgerkrieg, äußere und innere gesellschaftliche Auseinandersetzungen gehen im irakisch-iranischen Konflikt ineinander über. Es ist nicht nur der Irak, der betroffen sein könnte von den Folgen eines länger andauernden Krieges — seine Erschütterungen wirken auf Persien zurück und können sich über den Nahen Osten ausbreiten. Solange der Schah im Iran an der Macht war, spielte es die Rolle des Polizisten in der Golfregion. Die persische Armee führte jahrelang Krieg gegen die Partisanen in Dhofar (Oman). Dabei stützte sich der Schah — ebenso wie Israel — auf die militärische und politische Hilfe der USA und des Westens. Die Zusammenarbeit Israel-Iran war ein Eckpfeiler der imperialistischen Herrschaft im Nahen Osten. Gegen diese Militärmacht suchte Irak seine Interessen dadurch zu behaupten, daß es die Unterstützung der Sowjetunion in Anspruch nahm als dem weltpolitischen Gegner der USA. Der Schah seinerseits nutzte den Konflikt Iraks mit der kurdischen Minderheit (im Ölgebiet um Mossul), indem er die aufständischen Kurden im Irak jahrelang unterstützte und damit der irakischen Armee große Schwierigkeiten bereitete. Der Schah beendete die militärische Unterstützung der Kurden (er ließ sie kurzerhand im Stich) und verkaufte sie gegen das irakische Zugeständnis, daß Irak die Kontrolle über die Wasserwege im Schatt-el-Arab mit dem Iran teilte, wobei der Iran auch drei strategische Inseln am Ausgang des Golf besetzte. Der Zusammenbruch des Schah-Regimes hat im Iran und in der Golf-Region die Machtverhältnisse verändert. Denn die iranische Armee kommt heute zur Aufrechterhaltung der militärischen Kontrolle über den Persischen Golf (mit Unterstützung durch die USA) nicht in Betracht. Aber auch im Iran forderten die Minderheiten nach der Revolution gegen den Schah ihrerseits Autonomie (Kurden, Araber). Das führte zu den Kämpfen im persischen Kurdengebiet, die Irak seinerseits zu schüren versuchte. Die Kurden selbst sind durch innere Gegensätze gespalten. Die persische Armee konnte sowohl die Kurden als auch die arabische Minderheit in Kusistan — zwar nicht völlig besiegen, aber — zur Ruhe bringen. Kurz nach der Revolution hatte es 1979 heftige, z.T. bewaffnete Auseinandersetzungen der Bewohner Kusistans mit der persischen Zentral-Regierung gegeben. Der damalige Gouverneur Kusistans, Admiral Madani, der heute als Emigrant und Mann Bakhtiaris<sup>2</sup> im westlichen Ausland lebt, hatte die iranischen Marineinfanteristen eingesetzt, um diese Unruhen niederzuschlagen, besonders in der Stadt Ahwaz. Der geistliche Führer der Araber in Kusistan wurde dann nach Qom verbannt. Jetzt soll



Bani Sadr wartet auf das Ausschlüpfen des Kükens (aus: »iranshar newspaper«)

er an seine Anhänger den Aufruf herausgegeben haben, den irakischen Angreifern Widerstand zu leisten.

### Die iranische Armee versagt — die revolutionären Massen verteidigen ihr Land

Bei der Verteidigung dieser selben Gebiete gegen Irak spielt die persische Armee keine wesentliche Rolle: als Journalisten einen »Pasdaran«-Kämpfer in Korramshar fragten, warum die Bevölkerung so verbissen gegen die Iraker kämpfte, griff dieser eine Handvoll Erde und zeigte sie; deshalb! — Die Rechnung Saddams Husseins, von den Arabern Kusistans als Befreier empfangen zu werden, ist nicht aufgegangen: Der Widerstand in den Städten Kusistans gegen das irakische Militär wird vor allem von der schlecht bewaffneten Bevölkerung selbst getragen, nicht von der Armee. »Die linksradikalen Gruppen der Volksfedayin, der Volksmudjaheddin, der Tudeh-Partei hatten zur Zeit der Kämpfe zwischen Arabern und Iranern im nachrevolutionären Kusistan eher auf Seiten der Araber gestanden. Jetzt haben sie sich in den Abwehrkämpfen gegen den Irak mindestens ebenso ausgezeichnet wie die islamischen Revolutionswächter und andere schiitische Freiwillige aus dem Innern Irans.« (NZZ, 1. 11. 1980)<sup>3</sup>

### Die Klassengegensätze im Iran sind noch überdeckt

Die iranische Revolution unter Führung der schiitischen Geistlichen war eine Revolution gegen die Fremden im Iran, vor allem gegen die USA und deren Marionetten im Lande. Mit der siegreichen antiimperialistischen Revolution ist die Klassenfrage — und das heißt: die weitere politische Entwicklung Persiens — noch nicht entschieden, aber ihre Lösung reift heran. Ausdrück ungelöster gesellschaftlicher Fragen sind die internen Auseinandersetzungen in Regierungskreisen, unter den Geistlichen und in der Bevölkerung, die auch in der Geiselfrage zu erkennen waren. Die Forderungen an die USA, sie sollten das »gestohlene« Geld und das Schah-Guthaben zurückgeben und sich dazu verpflichten, sich in innere Angelegenheiten Irans nicht mehr einzumischen — das ist das, was die persischen Massen unter Führung Khomeinis einigt. Unter diesem Fremdenhaß und der Bedrohung Irans durch den Imperialismus ist die weitere politische Entwicklung Irans noch verdeckt, solange die iranische Revolution sich gegen den äußeren Feind verteidigen muß. Aber gerade die Folgen des Krieges — vor allem der Wegfall eines großen Teils der Erdöleinnahmen, von denen die einheimische Bourgeoisie profitierte — beschleunigen diese Entwicklung unter der Oberfläche. Die in jüngster Zeit auftretenden Demonstrationen zugunsten Präsident Bani

<sup>2</sup> Bakhtiar war der letzte vom Schah eingesetzte Ministerpräsident, der sich trotz der Abreise des Schah nicht halten konnte. Heute steht er bei jeder Machenschaft bereit, das Regime der Mullahs zu stürzen: Er hatte sich bei Ausbruch des Krieges mit verschiedenen iranischen Offizieren, die sich im Exil befinden, bereits in Bagdad aufgehalten.

<sup>3</sup> Daß die Mitglieder der Tudeh-Partei ebenfalls bewaffneten Widerstand leisten, wird von persischen Genossen bestritten.



































